

Luzern, 15. Oktober 2025

MEDIENMITTEILUNG

Asyl- und Flüchtlingswesen: Kanton Luzern und Gemeinde Triengen beenden Projekt für ein Asylzentrum

Die Stimmbevölkerung von Triengen hat am Sonntag, 28. September 2025 die Gemeindeinitiative «Für eine sinnvolle und zweckbezogene Nutzung des Gebietes Feldgasse (Areal Steinbären)» mit 61,52 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Gemeinde Triengen und der Kanton Luzern haben nun gemeinsam entschieden, das Asylunterkunftsprojekt auf dem Steinbärenparkplatz nicht weiterzuführen.

Der Kanton Luzern plante unter Mitwirkung der Gemeinde Triengen auf dem Steinbärenparkplatz (Gebiet Feldgasse) in Triengen ein temporäres Aufenthaltszentrum mit 80 Plätzen für die Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden ([Mitteilung vom 17. April 2024](#)). Im Zusammenhang mit diesem Vorhaben wurde im August 2024 die Gemeindeinitiative «Für eine sinnvolle und zweckbezogene Nutzung des Gebietes Feldgasse (Areal Steinbären)» eingereicht. Die Initiative verlangt, dass das Bau- und Zonenreglement dahingehend angepasst wird, dass im Gebiet Feldgasse Wohn-, Dienstleistungs-, Gewerbenutzungen unbefristeter oder befristeter Natur generell nicht zulässig sind. Am 28. September 2025 hat die Trienger Stimmbevölkerung diese Initiative mit 61,52 Prozent Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 50,05 Prozent angenommen. Entsprechend ist nun durch den Gemeinderat Triengen ein Ortsplanungsverfahren durchzuführen.

Der Luzerner Regierungsrat und der Gemeinderat Triengen respektieren das Resultat der Trienger Stimmbevölkerung und haben daher entschieden, das geplante Projekt eines temporären Aufenthaltszentrums für Asyl- und Schutzsuchende auf dem Steinbärenparkplatz nicht weiterzuführen. Die vom Luzerner Kantonsgericht aufgehobene Baubewilligung wird vom Gemeinderat Triengen nicht neu beurteilt.

Herausforderungen im Asyl- und Flüchtlingswesen bleiben bestehen

Gleichzeitig weist der Kanton Luzern darauf hin, dass die Lage im Asylwesen angespannt und aufgrund der geopolitischen Veränderungen volatil bleibt. So ist der Kanton Luzern aktuell für einen Bestand von rund 5'700 Personen (vgl. 2021: rund 4'000 Personen) im Asyl- und Flüchtlingsbereich zuständig und muss gemäss den Prognosen des Staatssekretariats für Migration (SEM) bis Ende 2025 noch mit bis zu 500 weiteren Neuzuweisungen rechnen. Zusätzlich gehen Unterbringungsplätze durch befristete Mietverhältnisse verloren, was dazu führt, dass der Kanton weiterhin dringend neue Unterkunftsstrukturen benötigt. Um diese zu schaffen, ist der Kanton Luzern auf die Zusammenarbeit und die Unterstützung der Gemeinden angewiesen.

Der Kanton Luzern ist überzeugt, dass die Herausforderungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich nur gemeinsam bewältigt werden können. Deshalb setzt der Kanton auch künftig auf den Dialog mit den Gemeinden. Regierungspräsidentin Michaela Tschuor, Vorsteherin des Gesundheits- und

Sozialdepartements: «Wir respektieren den Entscheid der Trienger Bevölkerung. Die Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden ist eine Verbundaufgabe, die nur gemeinsam von Bund, Kantonen und Gemeinden bewältigt werden kann. Uns ist aber auch bewusst, dass diese Aufgabe nicht nur für die Kantone, sondern auch für die Gemeinden herausfordernd ist. Der Kanton Luzern wird deshalb weiterhin den Dialog mit den Gemeinden suchen, um tragfähige Lösungen zu finden.»

Isabelle Kunz-Schwegler, Gemeindepräsidentin von Triengen, ergänzt: «Der Gemeinderat wollte mit dem Projekt einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation leisten. Der Souverän hat anders entschieden und das gilt es zu akzeptieren.»

Der Kanton Luzern hat den Standort Triengen für ein Aufenthaltszentrum mit Platz für 80 Personen in Form einer Wohncontainersiedlung unter verschiedenen Aspekten geprüft. Aus Sicht des Kantons wurde das Gebiet Feldgasse als geeignet beurteilt. Da diese Unterbringungsmöglichkeit nun wegfällt, ist es zentral, dass der Kanton Luzern mit den kommunalen Behörden im Gespräch bleibt und gemeinsam nach anderen tragfähigen Lösungen sucht.

Kontakt

Regierungspräsidentin Michaela Tschuor

Vorsteherin des Gesundheits- und Sozialdepartements

Telefon 041 228 86 93

(erreichbar am Mittwoch, 15. Oktober 2025 zwischen 12.00 und 12.30 Uhr)

Isabelle Kunz-Schwegler

Gemeindepräsidentin Triengen

Telefon 079 929 90 30

(erreichbar am Mittwoch, 15. Oktober 2025 zwischen 12.00 und 12.30 Uhr)